

burg die Mustertiere Mey und Diech vom Inf.-Reg. Nr. 59 in Soltau zu 2 Monaten 14 Tagen bzw. 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ausland.

Frankreich. Die französischen Orden und das Vereinsgesetz. Nicht alle Orden verlassen ihre gemüthlichen Niederlassungen in der galicischen Republik. Manche fügen sich lieber der Staatshoheit. Der Vater Wynalp erklärte in einem Interview, die Dominikanerorden seien entschlossen, die auf Grund des Vereinsgesetzes notwendige Aufhebungsbewilligung bei der Regierung nachzugehen. Die Chartreux-Wälder erklären, daß sie im Besitze eines Dekrets seien, welches ihre Kongregation in Frankreich anerkennt. Dieses Dekret sei augenblicklich dem Staatsrat unterbreitet.

Holland. Die neuen Minister. Das neue Ministerium Kupper ist zusammengeleitet worden: Kupper Vorsteher und Inneres; Melvil von Vanden, Generalsekretär des Schiedsgerichtshofes, Auswärtiges; Deputierter Koff Jozit; Vizeadmiral Krups Marine; der frühere Minister Berganuis Krieg; de Mares Digns Wasserstraßen Handel und Industrie; Deputierter Darte von Ledeburg Finanzen; Van Wichout, früherer Gouverneur von Surinam, Kolonien.

Italien. Crispi liegt in Agonie. Seine Gattin überlag das Archiv Crispis dem Senator Paterno, welcher dasselbe durch ein deutsches Verlagshaus veröffentlicht wird.

Afrika. Lord Kitchener will seinen undankbaren Oberkommando in Südafrika nieder legen; wie der Korrespondent des Londoner Standard seinem Wette brieflich berichtet, ließen in Kapstadt Anfang dieses Monats Gerüchte um, Lord Kitchener werde Ende August das Kommando in Südafrika abgeben und nach einem Aufenthalt von fünf Monaten in England später das Oberkommando in Indien erhalten. General Bindon Blood werde als Nachfolger genannt.

Schina. Der P. A. meldet aus London: Leber die letzte Sitzung der Geandten in Peking, in der die Frage der einseitigen Entschädigung ihre endgültige Lösung fand, wird telegraphisch berichtet: Die Geandten sind jetzt damit beschäftigt, ein endgültiges Protokoll aufzusetzen. Vorläufige werden sie sich mit den 9 Zugeländnissen begnügen, die unter Artikel 11 fallen: Regulierung des Beihos, des Schanghai-Stufes und Erhebung fester Zölle an Stelle solcher ad valorem (nach Wert). Die Erwägungen über fernere Erleichterungen des Verkehrs werden auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Geandten stimmen auf Empfehlung der Generale zu, daß die Zafufors und die Befestigungen von Schanghai von den Schinesen auf eigene Kosten unter Aufsicht gedeckt werden sollen.

— Generalleutnant v. Jessel meldet am 28. ds. Mts. aus Tientsin: Oberleutnant v. Heynitz vom 1. Pionierischen Infanterie-Regiment ist am 27. ds. Mts. auf einem Patrouillenritt bei Schanghai im Schloß ertrunken; er verfuhrte zwei Musketiere zu retten, die ebenfalls ertranken.

— **Singung-Sichang und Waldersee.** Der Kaiser aus China zurückgekehrte französische Gesandte Bidan erklärte gegenüber Pariser Berichterstatter: Auf Singung-Sichang ist kein Verlaß. Waldersee besonders wird nicht verstehen, daß er nach dem Brande des deutschen Hauptquartiers ausgedehnter ausreift; „Dies ist Deine Sache, Geist Fingis!“ Ding war ein bei Faktung wegen Ermordung mehrerer Amerikaner hingerichteter Schatzmeister.

Die nachfolgende Tabelle giebt Auskunft über die Streiks seit 1890.

Jahr	Anzahl der Gewerbe, in denen Streiks vorliefen	Anzahl der Streikenden	Zahl der beteiligten Personen	Dauer der Streiks in Wochen	Gesamt-Ausgabe in M.
1890-91	27	226	88 536	1348	2 094 932
1892	21	73	3 022	57	84 638
1893	26	116	9 356	588	172 001
1894	27	131	7 328	579	354 297
1895	29	204	14 032	1030	424 231
1896	40	483	128 808	1923	3 042 950
1897	37	578	63 119	1021	1 257 298
1898	44	985	60 162	4548	1 343 302
1899	40	976	100 773	3076	2 927 119
1900	45	852	115 711	3284	2 936 030
		4624	540 853	20 284	14 338 788

In diesem ganzen Zeitraum waren von den gestrichelten Streiks 54,9 Proz. dem Angriff gewidmet und die übrigen auf Abwehr gerichtet.

Die Angaben der Gewerkschaften weichen auch diesmal wieder erheblich von denen der amtlichen Statistik ab. Die amtliche Statistik zählt 1462 Streiks mit 122 808 Beteiligten, die Gewerkschaften 852 Streiks mit 115 711 Beteiligten, und wenn wir die in der vorstehenden Tabelle nicht verzeichneten Streiks hinzurechnen, so berichtet die Gewerkschaftenstatistik über 934 Streiks mit 116 214 Beteiligten. In der amtlichen Statistik sind also 528 Streiks, jedoch nur 6589 Beteiligte mehr verzeichnet als in der Gewerkschaftenstatistik, das sind $\frac{1}{2}$ mehr Streiks, jedoch nur $\frac{1}{2}$ mehr Beteiligte.

Der Berichterstatter der Generalkommission, Genosse Legien, läßt sich über diese Verschiedenheiten aus, indem er schreibt:

Die Zahl des Streiks wird in der amtlichen Statistik immer höher, die Zahl der Beteiligten immer niedriger sein als in der Gewerkschaftenstatistik. In der amtlichen Statistik werden die Streiks nach Verwaltungsbezirken gezählt, so daß ein Streik mehrmals gezählt werden kann, der in der Gewerkschaftenstatistik nur einmal gezählt wird, weil er von derselben Organisation geleitet und infolge gemeinsamen Beschlusses der in mehreren Verwaltungsbezirken wohnenden Beteiligten herbeigeführt ist. So zählt z. B. die Gewerkschaftenstatistik im Braunholländischen Bezirk drei Streiks, und zwar im Meußelberg, Zeiger und Hellenberg, während die amtliche Statistik hier 17 Streiks zählt. So erheblich sind allerdings die Abweichungen nur bei den Bergarbeitern, weil in keinem anderen Gewerbe für so weite Gebiete gemeinsam über eine Arbeitsstellung beschlossen wird. Aus der verschiedenen Zählungsmethode der beiden Statistiken kann also die bedeutende Differenz der beiden Ergebnisse sich nicht allein erklären lassen. Vielmehr wird diese Erklärung bei dem vorzunehmenden Vergleich der Einzelresultate sich ergeben.

Die Zahl der Beteiligten wird in den beiden Statistiken nicht übereinstimmen, weil in der amtlichen Statistik nach einer „Höchstzahl“ der gleichzeitig Erstreikenden gefragt wird. Diese „Höchstzahl“ kann unter Umständen nur die Hälfte der an einem, auf eine größere Zahl von Betrieben sich erstreckenden Streik Beteiligten darstellen. Dies kann eintreten, wenn an der Arbeitsstellung nicht sofort alle in den Betrieben Beschäftigten sich beteiligen, sondern später eine größere Zahl hinzutritt, während gleichzeitig in anderen Betrieben, infolge Bewilligung der Forderungen, die Arbeit wieder aufgenommen wird. Diese Zählungsmethode der amtlichen Statistik ist falsch, und ist es bedauerlich, daß das Statistische Amt an ihr festhalten zu wollen scheint. In der Gewerkschaftenstatistik wird dagegen jeder einzelne gezählt, der an einem Streik beteiligt ist. Ob aus diesen Umständen nicht die bedeutende Abweichung $\frac{1}{2}$ Streiks, jedoch nur $\frac{1}{2}$ Streikende mehr in der Gewerkschaftenstatistik resultiert, bedarf einer näheren, längere Zeit in Anspruch nehmenden Prüfung.

Nach der amtlichen Statistik waren von den 1433 beendeteten Streiks 1127 oder 79 Prozent Angriffstreiks und 306 oder 21 Prozent Abwehrtreiks. Nach der Gewerkschaftenstatistik waren 60 Prozent der Streiks Angriffstreiks und 40 Prozent Abwehrtreiks.

Hier nach den Angaben der Unternehmer und den Annahmen der „untergeordneten Polizeigewalt“ die Ursache der Streiks anders beurteilt wird, als dies seitens der Arbeiter geschieht, so wird auch der Ausgang respektive das Resultat der Streiks von diesen beiden Seiten verschieden beurteilt werden. Nach der amtlichen Statistik waren von den Streiks 275 oder 19,2 Prozent erfolgreich, 365 oder 25,5 Prozent teilweise erfolgreich und 653 oder 45,3 Prozent erfolglos. Während die Gewerkschaftenstatistik über 44,1 Prozent erfolgreicher, 25,3 Prozent teilweise erfolgreicher und 25,5 Prozent erfolgloser Streiks berichtet kann.

Soziales.

— **Ueber die Wirkungen der Krisis in der Metallindustrie** geben nachfolgende Mitteilungen herabdes Zeugniss. Am 1. am 10. Juli vorgenommene Umfrage über die Geschäftslage in den Berliner Metallgewerbetrieben liefen Antworten aus 77 Betrieben ein, in denen 1032 Personen und zwar 582 Männer und 450 Hilfsarbeiter beschäftigt sind. Am 24. dieser Obergewerke mit 156 Arbeitern ist die Arbeitszeit bis auf 7, 6 ja bis auf 4 Stunden herabgesetzt. In weiteren 20 Betrieben mit 493 Arbeitern wird über großen Beschäftigungsmangel geklagt, so daß es sehr häufig vorkommt, daß die Arbeiter nicht nur Stunden, sondern sogar tagelang ohne Beschäftigung sind.

Eine in Chemnitz veranstaltete Umfrage ergab gleichfalls betrübende Resultate. Hier die Antworten: Burkhardt und Ziesler. Seit einem Jahre ist die Hälfte der Arbeiterarbeit nach und nach selbst gegangen. Cheminier Werkzeugmaschinen-Fabrik von. Joh. Zimmermann. Infolge mangelnder Beschäftigung sind etliche hundert Mann beurlaubt.

Metzgermeister-Vereinsgesellschaft. Bei einem Arbeiterlande von früher 300 Mann sind jetzt noch 250 Arbeiter vorhanden. Für die freiwillig Gegangenen erfolgen keine Vereinsetzungen.

Werkzeugmaschinen-Fabrik von Götter. Hier sind nach und nach 100 Mann abgeholt worden, weil die Lagerbestände verhanden sind und keine Neueinstellungen vorliegen.

Maschinenfabrik von Kraus u. Höber. Am vorigen Jahre betrug der Arbeiterbestand 60-70 Mann, von denen aber jetzt nur noch der sechste Teil vorhanden ist. Die selbst gegangenen Arbeiter haben lohnendere Beschäftigung gefunden.

Sächsische Werkzeugmaschinenfabrik. Direkt abgeholt wurde niemand, wogegen in verschiedenen Branchen die Arbeitszeit verfürzt wurde. Wer zu wenig verdient, ist von selbst weggegangen.

Maschinenfabrik von Ulbricht, Spinnereifrage. Seit 1. Okt.

1900 sind 90 Arbeiter weniger, davon 50 abgeholt und 40 freiwillig gegangen.

Werkzeugmaschinen-Fabrik Union. Im letzten Jahre haben 100 Mann die Arbeit freiwillig verlassen, abgeholt wurde keiner.

Werkzeugmaschinen-Fabrik normals Besische u. Götlicher. Von 200 Arbeitern im Vorjahre sind jetzt nur noch 100 Arbeiter vorhanden. Zum Teil wurden sie gefürhtigt, zum Teil haben sie selbst aufgehört.

Werkzeugmaschinen-Fabrik Vulkan. Von der Arbeiterkraft ist ein Teil beurlaubt, ein Teil selbst gegangen wegen ungenügenden Verdienstes.

Werkzeugmaschinen-Fabrik von Köhler. Während früher 160 bis 170 Mann beschäftigt wurden, sind jetzt nur noch 14 Mann vorhanden.

Maschinenfabrik Michaels. Im Laufe des letzten Jahres hat eine große Anzahl die Arbeit selbst aufgegeben, ohne daß dafür Neueinstellungen erfolgt sind.

In Hannover werden ca. 400 Arbeiter einer großen Fabrik der Maschinenbranche eine Verarmung ab, in der das Erdbeben der Lohnhöhe der letzten Zeit durch die Mittelnahme vieler Einzelheiten groß befürchtet wurde. Aus den Mitteilungen geht hervor, daß die Abzüge an den Arbeiter bis zu 35 Prozent anwachsen. Jedem, der damit nicht zufrieden ist wird freigestellt, zu gehen.

Verarmungsbedröffe.

Metallarbeiter.

Die Verarmung, welche am 27. ds. Mts. stattfand, beschäftigte sich mit den Entlohnungen und Lohnabzügen in der hiesigen Metallindustrie. Aus den Ausführungen, die der Kollege Kätäne und andere Kollegen machten, ist zu ersehen, daß in fast allen Fabriken Entlohnungen und Lohnrückstellungen vorgenommen worden sind. So sind bei der Firma Weize und Wankel eine größere Anzahl von Kollegen entlassen und gleichzeitig für den ganzen Betrieb eine 10prozentige Lohnherabsetzung angehängt worden, obgleich vielfach noch Überstunden gemacht werden. Einem Arbeiter hat man auch angeboten, bei der Einweisung des Meiner-Zentnals Spawier zu bilden. Ferner wurde der Gehaltsrückstellungen, die in der Werkzeugmaschinenfabrik vom. Bekker, hier in hiesiger Gegend, angedacht, es je ganz unüblich und wird auch wohl kaum beachtet werden. Die herabgesetzten Lohnabzüge sollen es über 50 an Zahl sein — etwas lernen, sie würden einfach in unerwarteter Weise ausgesetzt. Im hiesigen Hohenweg macht sich, nachdem durch die plötzliche Entlohnung des früheren Direktors Bohacec eine Zeitlang Ruhe geherrscht hatte, der Meister Wiedemann recht unlieblich bemerkend, indem er in die Lohnabzüge, die er zu kontrollieren hat, Bemerkungen über die Leistungen der dort beschäftigten Arbeiter schreibt. Das sind ganz laune Leistungen, ist z. B. in einem dieser Bücher zu lesen. Das aber auch ganz laune Höhe gezahlt werden, wird nicht bemerkt. Ein Lohn von 22, 24 und 26 Pf. zum Grunde ist schon mehr als faul. W. Wiedemann meint dies auch so fühlen, denn sonst würde er noch den Mut haben, den Kollegen ins Gesicht zu sagen, wenn er mit den Leistungen nicht zufrieden ist. Die Kaputtgänger an diesen Mithänden tragen die Kollegen selbst, indem sie eine Gleichgültigkeit und Uninteressiertheit an den Tag legen, die nicht zu gereizten ist. Durch eine öffentliche Versammlung, die am 1. d. Mts. in hiesiger Zeit stattfand, wurde durch die Verarmungs-Vermittlungen voll zurückgeführt, die Kollegen aus ihrem verberberischen Schlaf aufzurütteln.

Der 2. Punkt der Tagesordnung, Beratung des Krisisstatist, wird der nächsten Verarmung überwiegen. Unter Verbandsangelegenheiten wird die Frage der Erweiterung eines Gewerkschaftsbezirks erörtert, man ist allgemein der Meinung, daß trotz der wirtschaftlichen Krisis die Vorarbeiten in Angriff genommen werden müßten. Was Zeit fönne, könne Kalle erit recht. Um das kollegiale Zusammenhalten mehr zu fördern, sollen öfters gemeinsame Zusammenkünfte veranstaltet werden. Zu diesem Zweck werden die Kollegen erucht, sich Sonntag, den 11. August, nachmittags in Schmiedeburgers Restaurant, Liebenauerstraße, einzufinden. (Gingeg. 29. ds.)

Fabrikarbeiter. (Galle-Norden.)

Am Sonntag, den 27. Juli, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Vom Kolleger wurde die Abrechnung vom zweiten Quartal vortragen, wonach wir eine Einnahme und Ausgabe von 316,70 M. hatten. In die Verbandskasse ist gelangt 193,36 M. Der Kassenstand vor dem 31. März, der Bilanzabrechnung bis hierher aus dem 83,42 M., welche für Migration und Verwaltung mit 64,13 M. berechnet wurde, wobei uns diesmal ein Kassenbestand von 26,70 M. übrig bleibt. Eingetretene sind 12 Mitglieder und ausgeschieden 3 Mitglieder. Am ganzen zählt unsere Zahlstelle 129 Mitglieder. Die Revisionen beschließen die Abrechnung der Kolleger wurde entlassen. Dann wurde der Bericht von der Verarmungs-Kommission gegeben wie weit die betreffenden Arbeiten zu unserem Sommerfeste gehören sind. Als Lohnkommissionenmitglied wurde Kollege Nöbe gewählt und als Hilfskassierer für den Galla-Nordteil der Kollege Gur land. Am Verschieben kam ein besonders bemerkenswerter Fall zur Sprache, der den Kollegen beim Untertage-Kommunismus aus Nimmendorf gearbeitet und am Sonntag ihren verdienten Wochenlohn nicht erhalten haben. Von einem Kollegen, dessen Frau gestorben ist, wurde eine Antrag auf Sterbengerühnung dem Hauptvorstand zur Auszahlung überwiegen. Für einen in der letzten Verarmung wurden 5 M. aus der Kassekasse bewilligt und einen durchgehenden Lohnanspruch angenommen und zum Schluß noch beschlossen, daß die nächste Mitglieder-Versammlung wegen des Sommerfestes ausfällt. (Gingeg. 29. ds.) W. K.

Gingeländt aus Zeit.

In Nr. 171 des Volksblatt befindet sich eine Notiz, in welcher gelagt wird, daß verschiedene Drechsler dem Holzarbeiterverband den Rücken gefürht hätten. Die Betroffenen sollten sich deshalb ihrer Freiheit und Rechteverlei schamen. Unterzeichnete halten es für richtiger, wenn über solche Sachen geschrieben wird, was ja keinem Organisierten beizuraten soll, sich wenigstens an die Wahrheit zu halten. Das Eingeländt sieht danach aus, als ob einigen Kollegen uns ausgenutzt werden solle, wenn, wenn das der Fall, ganz entschieden zu rügen wäre. Der Vorkalberhaltung in Zeit ist von einer oder mehreren Umkleidungen von Drechsler lernen nichts bekannt. Warum orientiert sich denn der Eingeländt nicht an der zuständigen Stelle? Ein derartiges unwahres Eingeländt ist eher geeignet, zu schaden, als schadenlose Kollegen an die Organisation zu liefern. Die protestieren energisch gegen derartige Beschuldigungen. Wir wissen nicht, wer der Eingeländt ist, aber jedenfalls ist es aus schämenswert, daß das Volksblatt mit Unpartheilichkeit zu beurteilt. Wenn ich Grund genug da zu kritisieren, aber das trifft für alle Verweise, nicht nur für Drechsler, zu. Die Drechsler sind proportional am besten organisiert von 36 am Orte beschäftigt einige 200, und mit 1500 Kollegen stehen die Drechsler ein. Das soll sein besonders lob für die Drechsler bedeuten, aber gegen das Eingeländt müßte Stellung genommen werden. Zum Schluß sei an alle Holzarbeiter die Bitte gerichtet, dem Verbands beizutreten und fleißig in die Verarmungen zu kommen.

Zeit, den 27. Juli 1901.

Fug. Gerhard, Bevollmächtigt.

Den folgenden Worten des Gen. Gerhard können wir uns nur anschließen; eine Kontrolle des Eingeländten in jedem einzelnen Falle ist uns nicht möglich; wir müssen uns auf die Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit des Eingeländten verlassen. Die Redaktion.

Verantwortlicher Redakteur: H. Weiskamm in Galle.

Ankunft und Abfahrt der Züge in Halle.

Abfahrt:

Richtung Thüringen.	
8.24 B. - 5.45 B. - 7.50 B. S. 1-3. - 9.59 B. D. 1-2. - 10.22 B. S. - 10.28 - 10.48 B. S. - 11.23 B. S. 1-3. - 1.09 B. D. 1-2. - 1.18 B. - 2.15 B. - 4.00 B. S. 1-3. - 5.52 B. - 7.20 B. [bis Merseburg]. - 7.45 B. S. 1-3. - 9.50 B. [fährt bis Kösen]. - 10.38 B. D. 1-2. [nach Stuttgart und Weiland]. - 11.31 B. D. 1-2. - 11.46 B.	
Richtung Berlin.	
3.44 B. S. 1-3. - 4.45 B. D. 1-2. - 5.00 - 6.56 B. D. 1-2. - 7.03 B. - 9.08 B. S. 1-3. - 11.00 B. - 2.10 B. - 2.46 B. D. 1-2. - 2.54 B. - 4.43 B. D. 1-2. - 5.38 B. S. 1-3. - 5.45 B. - 6.44 B. S. 1-3. - 8.24 B. S. 1-3. - 8.50 B. [bis Wittenberg]. - 9.28 B. D. 1-2. - 12.22 B.	
Richtung Leipzig.	
2.57 B. - 4.33 B. - 5.43 B. - 7.30 B. - 7.47 B. S. 1-3. - 8.30 B. S. 1-3. - 9.15 B. - 10.22 B. - 10.48 B. S. 1-3. - 12.10 B. - 1.40 B. - 3.26 B. - 5.07 B. S. 1-3. - 5.35 B. S. 1-3. - 6.30 B. - 7.16 B. - 8.42 B. - 9.23 B. - 10.50 B. - 11.10 B. S. 1-3. - 12.06 B.	
Richtung Magdeburg.	
4.55 B. - 7.00 B. - 10.00 B. - 11.13 B. S. 1-3. - 1.32 B. - 3.45 B. - 5.53 B. - 7.14 B. S. 1-3. - 8.51 B. - 10.42 B. S. 1-3. - 12.22 B. [fährt bis Köthen].	
Richtung Giesleben-Nordhausen-Kassel.	
5.25 B. - 6.57 B. [fährt bis Saengerhaußen]. - 7.10 B. - 9.10 B. - 11.00 B. S. 1-3. - 12.00 Mitt. [fährt bis Giesleben]. - 2.15 B. - 3.54 B. D. 1-2. - 6.00 B. - 9.30 B. [fährt bis Giesleben]. - 10.40 B. S. 1-3. - 11.31 B.	
Richtung Alfersleben.	
4.50 B. - 6.32 S. - 7.55 - 11.32 - 1.33 B. S. 1-3. - 3.42 - 6.18 B. - 10.37 B. [ab Halberstadt Schmellsgul].	
Richtung Torgau-Guben.	
7.35 B. S. 1-3. - 7.50 B. - 11.34 B. - 2.48 B. S. 1-3. - 6.23 B. - 11.25 B. [fährt bis Torgau].	
Richtung Teßfeldt.	
6.30 - 7.30 - 9.20. - Außer vorstehenden fahren an Sonn- und Festtagen nach folgende Züge: 2.30 B. 3.30 B. 4.00 B. 4.30 B. 6.00 B. 7.00 B. 8.00 B.	

Ankunft:

Richtung Thüringen.	
3.40 B. S. 1-3 [von Mündern über Zeitz]. - 4.41 B. D. 1-2. - 5.38 B. [kommt von Merseburg]. - 6.34 B. [kommt von Erfurt]. - 6.52 B. D. 1-2 [von Stuttgart u. Weiland]. - 9.29 B. S. 1-3. - 12.35 B. - 1.04 B. - 2.32 B. S. 1-3. - 4.39 B. D. 1-2 [von Mündern über Jena]. - 5.05 B. - 5.23 B. S. 1-3. - 6.40 B. S. - 8.20 B. S. 1-3 [v. Mündern u. Stuttgart]. - 8.34 B. - 9.21 B. D. 1-2. - 10.48 B.	
Richtung Berlin.	
3.10 B. - 4.37 B. - 7.38 B. [kommt von Bitterberg]. - 9.51 B. D. 1-2. - 10.16 B. 10.18 B. - 10.44 B. S. 1-3. - 11.18 B. S. 1-3. - 1.05 B. D. 1-2. - 2.00 - 3.43 B. - 3.50 D. 1-2. - 5.28 - 7.32 B. S. 1-3. - 9.10 B. - 10.34 B. D. 1-2. - 11.18 B. - 11.27 D. 1-2.	
Richtung Leipzig.	
4.45 B. - 6.20 B. - 6.30 B. S. - 6.50 - 7.46 - 9.51 - 10.40 - 11.10 B. S. 1-3. - 1.10 B. - 1.30 B. S. 1-3. - 3.37 B. - 4.28 B. - 5.30 B. - 6.29 B. [überfahrt nur Werktags]. - 7.10 B. S. 1-3. - 7.55 B. - 8.41 B. - 9.41 B. - 10.24 B. - 10.40 B. S. 1-3. - 12.16 B.	
Richtung Magdeburg.	
2.45 B. - 6.40 B. [kommt von Köthen]. - 7.42 B. S. 1-3. - 8.27 B. S. 1-3. - 9.48 B. - 10.39 B. S. 1-3. - 1.00 B. - 3.21 B. - 5.03 B. S. 1-3. - 7.00 B. - 9.14 B. - 11.04 B. S. 1-3.	
Richtung Nordhausen-Kassel-Giesleben.	
6.45 B. - 7.20 B. S. 1-3. - 9.50 B. - 1.22 B. - 2.42 B. D. 1-2. - 4.16 B. - 5.23 B. 7.32 B. - 8.04 B. S. 1-3. - 10.27 B. - 11.00 B.	
Richtung Alfersleben.	
5.37 B. [kommt von Könnern und überfahrt nur Werktags]. - 7.19 B. [von Halberstadt]. - 10.13 B. - 12.41 B. - 4.57 B. - 5.32 B. S. 1-3. - 9.14 B. - 10.48 B. - 11.38 B.	
Richtung Torgau-Guben.	
6.36 B. [kommt von Torgau]. - 10.16 B. - 1.02 B. S. 1-3. [Anschluss von Breslau, Wien]. - 3.20 B. [kommt von Cottbus]. - 7.38 B. - 10.04 B. - 10.28 B. S. 1-3. [Anschluss von Breslau, Wien].	
Richtung Teßfeldt.	
6.44 B. - 12.25 B. - 4.20 B. [von Dölan; fährt nur Sonn- und Festtags]. - 5.21 B. 7.20 B. - 9.05 B. - 10.10 B. - Außer vorstehenden kommen an Sonn- und Festtagen von Dölan nach folgende Züge: 2.50 B. 3.20 B. 3.50 B. 5.50 B. 6.20 B. 6.50 B. 7.50 B. 8.50 B.	

Sozialdemokratischer Verein für Halle und den Saalkreis.

Donnerstag abends 9 Uhr bei Streicher, Kleine Ulrichstraße 36, **Mitglieder-Versammlung.**

Tagesordnung: 1. Vortrag: Die Börse und ihre Bedeutung. Referent: Genosse **Swienty**. 2. Unsere Bewegung gegen den Vortwender. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung sollte kein Mitglied der Versammlung fernbleiben. **Der Vorstand.**

Ortskrankenkasse der Böttcher, Drechsler, Glaser u. zu Halle a. S.

Donnerstag den 8. August 1901 abends 8 Uhr im „Engl. Hof“ **ausserordentliche General-Versammlung.**

Tagesordnung: Statutenänderung der §§ 12, 13, 19 und 28. **Der Vorstand.**

Apollo-Theater.

Sommer-Variété.

Neuer Spielplan!

Massias O'Connor, Landkünstler.
Margarete Fanklaska, Souflette.
Emil Wagner, Humorist.
Hochberg-Duo, - **Willy Corium**, Souflette-Quintett.
Elvira, Oceana und **Max**, vöm. Ringe und Trapes.
Crawford-Truppe, akrobat. Potpourri.

Der Trompeter aus Nischen, Komisches Ensemble.

Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Neue Welt-Kalender

für das Jahr 1902.

Preis 40 Pf.

Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung.**

Osborgs Bellevue.

Morgen Mittwoch nachm. von 3 1/2 Uhr ab **Großes Familien-Frei-Konzert.**

Zoologischer Garten, Halle.

Entree 50 Pf. Kinder 30 Pf.

Mittwoch den 31. Juli abends 7 1/2 Uhr **9. Elie-Konzert.** Von abends 8 Uhr ab Entree 75 Pf., Kinder 40 Pf.

Meinen werthen Freunden und Bekanntheit, sowie meiner werthen Nachbarschaft die ergebene Mitteilung, das ich **Infobüchse 15** ein **Viktualien-Geschäft** eröffnete. Bitte um gütigen Zuspruch.

Louis May.

Lotterieklub „Million“ Zeit

Mittwoch den 31. Juli **Versammlung.**

Baldreiches Ergehen notwendig. **Der Vorstand.**

Mittwoch **Schlachte-Fest** B. Siegel, Bülbergeweg 20.

Jeden Mittwoch **Schlachte-Fest** Oskar Heller, Steinweg 32. **Telephon 2179.**

Zum Hausflachten empfiehlt sich **Rudolf Bräuer** Halle-Kröllwitz, Wörthstraße 4.

Neute Dienstag **Schlachte-Fest**. E. Winkler, Zeit. Kaiser Wilhelmstr. 4.

Sederpottoffeln,

Solpantoffeln, Pilzsch, Sammet- und Korbantoffeln verkauft zu den billigsten Preisen bei **D. Brandler**, Heidestr. 41. Bill. Bezugsquelle f. Wiederverkäufer.

Gartengeräte, Drahtgeflecht, Eisenwaren

empfehlen **Paul Schneider**, Merseburgerstraße 4.

Vom Büchermarkt.

Arbeiterrecht von Stadthagen. Geb. 5.50 M.
Bürgerliches Rechtsbuch mit vollständigem Erläuterungen. **Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch.**
Die Bibel oder Die sogenannten heiligen Schriften der Juden und Christen. Preis 4.50 M.
Leipziger Sophistenprozess. Prozess wider Liebschütz, Bebel u. Seyner. Preis 5 M.
Das Kapital von Marx. **Liebschütz's Freundesbücherei.**
Corvins Völkchenbüchel.
In freien Stunden. I. II. und III. Jahrgang, geb.
Neue Zeit. Diverse Jahrgänge, geb.
Die illustrierte Welt der Erfindungen von J. G. Vogt. 6 Prachtbände, a 6.50 M., Halbtr., a 7.50 M. und 2 Supplement-Bände.
Das Werden des Menschen von Dr. Schmid. Preis 6 M.
Krankheit oder Verbrechen? von Dr. G. Berndt.
Illustrirte Weltgeschichte von J. G. Vogt. 6 Prachtbände, a 5.50 M. Halbtr., a 6.50 M.
Der gesunde und franke Mensch von Dr. König. Preis 12.50 M.
Geschichte der modernen Gesellschaftsklassen von Kampffmeyer. Preis 1.50 M.
Das natürliche Werden der Lebewesen von Dr. Müller. Preis 6.75 M.
Ein Held des Geistes und des Schwertes von Otto Wallfer. Preis 5 M.
Kraft und Stoff von Dr. Wüchener. Preis 6.50 M.
Gedanken eines arbeitslosen Philosophen. Geb. 1 M.
Es werde Licht! Beethen von Leopold Jacoby.
Nichtstrahlen der Woche von Max Regal. Preis 3.50 M.
Albert Zulus Geschichte. Preis 1.50 M.
Gratulationsgedichte und Vorträge zu allen festlichen Gelegenheiten für die Kinder des Proletariats. Preis 60 Pf.
Die verfunzene Glocke von Gerhard Hauptmann. Preis 4.50 M.
Shillers Werke. Preis (2 Bände) 4 M.
Wohles Werke.
Wohles Werke u. b. a.
Wie ein Bauer Sozialdemokrat wurde. Eine Rede von Paul Göhre. Preis 10 Pf.
Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von Franz Mehring. Gesamt-Preis 7.20 M. in Heften à 20 Pf.
Sammlung gesellschafts-wissenschaftlicher Aufsätze. Herausgeber Ed. Fuchs. Preis pro Band 2.50 M.
Es werde Licht. Beethen von Leopold Jakob Jacoby. Preis 2 M.
Worte und Thaten des arbeiterfreundlichen Zentrums von Boch. Preis 10 Pf.
Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen von W. Liebschütz. Preis 25 Pf.
Wider Junkertum und Bittelhaube von Rud. Krafft, Premierlieutenant a. D. Preis 40 Pf.
Zu haben in der

Naturheil-Anstalt Gross-Jena

bei Naumburg a. S., Thüringen, behandelt mit vorzüglichen Heilerfolgen **alle Krankheiten**, beind. veraltete Weiden. Nägliche Briefe. **Prospert frei.**
Näheres auch Halle-Gieslebenstr. Friedenstraße 28.

Zur Anschaffung empfehlen wir:

Helden der Menschheit.

Komplett in 20 Hefungen à 20 Pf.
 Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung, Mannischerstr. 3.**

Fahrplan der Kleinbahn

Naundorf-Vöbejün und Gröbzig-Weindorf.

II. und III. Wagenklasse.

	Vormittag.		Nachmittag.	
	ab	an	ab	an
Naundorf	8.50	12.20	4.40	7.10
Vöbejün	10.05	12.35	4.55	7.25
an	5.45	10.15	12.45	5.05
Gottgau	*5.53	10.23	12.53	5.13
Weidershäusen	*5.38	*10.28	*12.58	*5.18
Gröbzig	an	6.05	10.35	5.15
an	6.13	—	1.13	5.25
Gerlebog	an	6.24	—	1.24
Weindorf	an	6.40	—	1.40

* Gält nur nach Bedarf.

Weindorf-Gröbzig-Vöbejün-Naundorf.

II. und III. Wagenklasse.

	Vormittag.		Nachmittag.	
	ab	an	ab	an
Weindorf	8.20	—	2.05	—
Gerlebog	8.37	—	2.23	—
Gröbzig	an	8.47	—	2.33
an	8.52	—	—	2.38
Weidershäusen	*8.59	*11.05	*3.15	5.55
Gottgau	*9.04	11.18	3.28	6.08
Vöbejün	an	9.11	11.25	6.15
an	9.14	11.35	3.45	6.25
Naundorf	an	9.28	11.50	4.00

* Gält nur nach Bedarf.

Vereinen

empfehlen zu Kinder-Festen **verschiedene Zuckerwaren, 5 Pfennig-Artikel u. f. w.**

C. Torrow,

Inh.: Rob. Schirmer, Halle a. S., Leipzigerstraße 82.

Vocheleg. neue Nähmaschine, 5 Jahre Garantie, soll für nur 48 M. sofort verkauft werden. Geht für 21. L. Genaue Beschreibung.

Wäschhof, Weidershäusen, Vertikof, 3 Etage, Vertikof u. M. M. Scherbert und **Kinderwagen** wegen Mangel an Raum spottbillig zu verk. Georgstr. 3 p.

Herzlichen Dank.

Für die zahlreichen Beweise liebevoller Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, uneres guten Vaters, Sohnes, Bruders, Schwagers und Schwiegerohnes **Kugo Müller** sagen wir allen denjenigen, die seiner Sarg zu reich mit Blumen schmückten, sowie für das ehrenvolle Geleit der Herzen des Gümterischen Kontors und dem Veronal der Gümterischen Brauerei nicht seinen anderen Freunden und Bekannten unterm Verbleiben Dank. **Besonderen Dank** dem Herrn **Dionanus Kunz** für die trostreichen Worte am Grabe.

Die trauernde Witwe **Klara Müller**, geb. **May**, nicht mehr.

Volksbuchhandlung.

Codes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Mitteilung, das am Sonntag nachmittag einer unserer besten Mitglieder, der

Gottfried König

in Trotha gestorben ist.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 4 Uhr vom Trothar Friedhof aus statt.

Wir bitten die Mitglieder, zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand des Sozialdemokr. Vereins.

Julius König

nach längerem Leiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet morgen Mittwoch nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Trothar Friedhofes aus statt.

Familie König.
 S. Trotha, den 30. Juli 1901.

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdem. Reichstagsfraktion.

14. November 1900 bis 15. Mai 1901.

Erstattet von Emanuel Warm.

Die Reichsschulden betragen 1880: 387,5 Millionen Mark, 1890: 1241 Millionen Mark, 1900: 2418,5 Millionen Mark, mithin sind sie in 20 Jahren um mehr als das Sechsfache gestiegen!

Die Zinsen der Reichsschuld betragen 1881: 11,2 Millionen Mark, 1891: 55,8 Millionen Mark und für 1901 sind sie mit 88,5 Millionen Mark in den Etat eingestellt, also mit fast der achtfachen Höhe, die sie vor 20 Jahren hatten. Insgesamt sind, seitdem 1876 die erste Anleihe aufgenommen wurde, bis zum 31. März 1901 mehr als 1000 Millionen Mark Zinsen für die Reichsschulden ausgegeben worden!

Bei den Debatten wurde die Frage der 1903 abzuschließenden Handelsverträge wiederholt erörtert und dem rücksichtslosen Bestreben der Agrarier von und energisch entgegengetreten.

Graf Bülow möchte den im Lande sich gegen die Kornollerhöhung erhebenden Sturm zu schwächen, indem er sagte, er verfolge mit der Tarifserhöhung hauptsächlich zwei Zwecke. Wenn die Mehrzahl aus den Zöllen beträchtlicher sein würde, würde ich vorschlagen, solche Mehrzahl, wesshalb aus den Zöllen auf Lebensmittel, im wesentlichen zu verwenden zur Senkung der Wohlfahrtsbeiträge im Meiste und zum Besten der weniger günstig gestellten Klassen der Bevölkerung.

In derselben Weise bemüht sich auch das Zentrum, seinen Arbeitern vorzugucken, daß durch die Erhöhung der Lebensmittelpreise die Arbeiter und Arbeiterinnen weniger verdienen werden. Das wäre aber eine teure Versicherungskasse, die die Arbeiter zu zahlen hätte! Eine Erhöhung der Lebensmittelpreise führt doch nicht nur zur Erhöhung der eingeführten Produkte, sondern auch zu der durch den Zoll geschützten inländischen derselben Art. Zum Betrag aber die Einfuhr abzüglich der Ausfuhr im Jahre 1900 für Roggen 817 000 Tonnen, für Weizen 1 Million Tonnen, insgesamt 1,8 Millionen Tonnen, während der Verbrauch in Preußen in diesem Jahre 1,2 Millionen Tonnen betrug, also das Siebenfache der Einfuhr. Demnach bringt auch nur ein Siebentel des Verbrauchs bei der Erhöhung der Getreidepreise eine Mehreinnahme, während sechs Siebentel derselben zu gunsten der Agrarier beteuert sind, so daß die Mehrerträge des Volkes in deren Tasche fließen. Die Zollerhöhung für Mehl und Weizen betrug im Jahre 1900 etwa 7,5 Millionen Mark bei einem Zollhöhe von 3/4 Mark. Würde dieser, wie es die Agrarier wollen, verdoppelt und dann gemäß der Bülow'schen Erklärung die Mehreinnahme zu gunsten der Arbeiter verwendet, so ständen 7,5 Millionen Mark zur Verfügung, während die Gesamtvermehrung des Verbrauchs des Siebentel der Einfuhr den Agrarier zufließen würde. Davon hätten die minder bemittelten Schichten der Bevölkerung, die sich ihr Brot kaufen müssen, reichlich 350 Millionen Mark zu tragen, während also jede zu ihren Gunsten verwendete Mark mit etwa fünf Mark bezahlet müßte!

Außerdem aber ist bei der schlechten Finanzlage des Reiches und den unerfindlichen Ausgaben des Militarismus vor nicht daran zu denken, daß die Mehreinnahmen der Zollhöhe der minder wohlhabenden Bevölkerung zufließen würden. Derselben leeren Verheißungen wie jetzt Graf Bülow, hat 1878 bereits Fürst Bismarck gemacht, als er den Zehntausendzins einführt. In seinem berühmten Weidachbrief von 1878, in dem er seine Sozialprogramm entwickelte, erklärte er, daß der Zolltarif keine Mehreinnahmen des Reiches bezwecke, sondern nur Mittel abgeben sollte, die Steuerlast zu erleichtern, die Volk zu unterstützen. Entsprechend den Mehrerträgen der neuen Zölle würden alte Steuern erlassen werden. Nach den Wahlen von 1878 aber kam es ganz anders! Zwar wurden die Zölle der Mehrerträge der Zölle, welche sich über 20 Millionen Mark Einnahmen betrafen, den Eisenbahnern überwiesen, die Militärerträge derselben aber zu steigert, daß sie, wie schon erwähnt, heute höher sind als die Lebererzeugnisse! Die Steigerung der Zölleinnahmen hat nur zu einer Steigerung der Ausgaben des Militarismus geführt und so wird es in Zukunft ebenfalls sein, selbst wenn durch die Erhöhung der Zölle der Reichstag der Handelsverträge verboten würde. Als ob nicht ein jedes Gesetz durch ein anderes wieder aufgehoben werden könnte! Hat doch bei der Rentenvorlage der Reichstag feierlich unter Zustimmung der Regierung beschlossen, ja nicht die schwächeren Schichten zu belasten und nur die doch über fünfzig Jahre alten, selbst wenn durch die Erhöhung der Zölle des Reiches die gerade die armste Bevölkerung am schwersten trifft! Die Verheißungen des Reichstages, daß das Zentrum betreffs Verwendung der Mehreinnahmen aus den Zöllen sind also nicht einen Pfeiler mehr und unsere Fraktion rechnet darauf, daß die Arbeiter sie durch Protestversammlungen und Petitionen dem Reichstag zurückzuführen werden, während die Agrarier im Winter den Kampf um den Brot- und Fleischwucher mit aller Schärfe führen wird!

Eine Folge des Zehntausendzins ist es auch, daß die gegen die Konkurrenz des Auslandes gefährdeten Industrien sich zu Hingen (Zündfäden) zusammenschließen und die einschneidende Preisverfall durch Erhöhung der Zölle auszuweichen, während sie gleichzeitig, um größeren Umsatz zu erzielen, an das Ausland billiger wie an das Inland verkaufen.

So wird der Zuckerverbrauch, den ein Fraktionsmitglied zur Sprache brachte, durch die bestehende Zuckervereinbarung hervorgerufen. Durch die Verbrauchsabgabe wird jedes Pfund Zucker mit 10 Pfennigen belastet. Dadurch werden 154 Millionen Mark Brutto-Einnahmen erzielt, von denen 37 Millionen Mark als Ausfuhrprämien den Zuckerfabrikanten zu gute kommen. Dazu treten noch jährlich an 45 Millionen Mark, um die das Zuckerfaß, der Ding der Zuckerfabrikanten, den Zuckerertrag erhöht. Im ganzen sind es gegen 90 Millionen Mark, um die zu gunsten der Zuckerfabrikanten der Zucker dem deutschen Volk verteuert wird, und hierzu kommen noch 117,5 Millionen Mark Nettoeinnahme der Zuckersteuer, das macht zusammen 216,5 Millionen Mark. Auf den Kopf der Bevölkerung giebt das eine Belastung von 3 Mk. 87 Pfennig. Jedes Pfund Zucker wird durch die Verbrauchsabgabe und den Kartellwucher um 18 1/2 Pfennig verteuert. Das ist eine Verbilligung um 130 Mark pro Doppelzentner Zucker, so könnte der Zuckerung solche Preisreduktion nicht ermöglichen! An der Spitze des Zuckerartikels steht der sogenannte Herr Bueck, zu so alles Geld verhandelt, um durch den Verkauf der neuen Massen von Zuckeln geschaffen werden. Für die Vergrößerung des Meeres und der Flotte, wie der Ausrüstungen, für Kolonialunternehmungen thörichtester Art ist Geld da — und die Mehrheitsparteien bewilligen, was die Regierung fordert. Für eine auskömmliche Versorgung, ja überhaupt nur für eine Unterhaltung der bestehenden Verhältnisse ist kein Geld vorhanden! „Brüder, nimm den Bettsack, Salbad bist Du gewalt“, wie es im alten Volksliede heißt. Graf Bodozowski hat zwar einmal im Reichstag erklärt, „er wolle nicht, daß die Kriegsteilnehmer der Armenpflege anheimfallen“, das waren aber leere Worte; in Wirklichkeit ist eine große Anzahl von Veteranen für ihre

deutend größerer sein, wenn der Zucker nicht durch Steuern und Kartellen verteuert wäre. Der Vertreter der Zuckerinteressenten, der nationalliberale Abg. Dr. Baasche, leitete in seiner Erwiderung das Gespräch ab, daß die von unseren Rednern vorgeführten Zahlen richtig sind, und niemand froher als die Zuckerindustrie wäre, wenn die Zuckersteuer befreit werden könnte. „Aber woher sollen wir diese 110 bis 120 Millionen Mark mehr in die Taschen der Zuckerfabrikanten einbringen? Wir haben keine andere richtige Einnahmequelle dafür, wir brauchen die Konsumsteuer.“ Das sind leere Ausreden! Gerade die Nationalliberalen hätten, wenn sie wollten, schon längst die direkten Steuern an Stelle der indirekten einführen können.

Da seitens des Abg. Baasche auch behauptet war, daß die Zuckerindustrie mit allen Mitteln, auch der Krämern und des Kartells, emporgelassen werden müßte, schon um der in ihr beschäftigten Arbeiter willen, wurde von unserem Redner flagelliert, welche miserable Arbeitsverhältnisse gerade in der Zuckerindustrie herrschen. Schlechte Löhne, ungemüde Arbeitsbedingungen haben die Arbeiter der Zuckerindustrie in den letzten Jahren, so daß sich die Zuckerarbeiten ganze Armeen von polnischen und galizischen Preisverdrängern heranholen.

Die Brenner-Liebesgabenpolitik kam gelegentlich der Brauntweinsteuer-Vorlage zur Erörterung (siehe diese).

Militär-Pensionsgesetz.

Die Verorgung der Kriegsinvaliden und der Witwen und Waisen der im Kriege Gefallenen war bisher eine so hässliche, daß die Invaliden wiederholt mit Schwertern bewehrt an die Regierung und den Reichstag herantraten. Letztere hat sich für ein solches Verhalten nicht wenig geärgert, die Regierung aber, die zu Kolonialunternehmungen das Geld des Meiches in so reicher Fülle ausgiebt, verweigerte die Mittel. Auch in der abgelaufenen Session erklärte der Staatssekretär, es sei kein Geld da, der Reichs-Anwaltenfonds sei konfiskiert, gegenwärtig betrage das jährliche Defizit 17 Millionen Mark und werde nach weiterer Steigerung von vier Millionen der Pensionen für eine neue Rechnung sein. Von unserer Seite wurde letztere Anweisung energisch bekämpft; es sei eine Ehrenschuld des Reiches, die Opfer seiner Kriegspolitik so zu entschädigen, daß sie nicht betteln gehen müßten. Schließlich nahm der Reichstag einen aus seiner Mitte gestellten Antrag an, wonach ein solches Geld in dem nächsten Winter bereit zu stellen, und nun abendlich die Regierung, da sie außerdem für die Chintztruppen ein Pensionsgesetz brauchte, im Januar d. J. die Erklärung ab, daß sie eine Aufbesserung der Besoldung aller Kriegsinvaliden und ihrer Hinterbliebenen für dringlich und unauflöslich halte. Mitte April wurde dann ein Gesetzentwurf vorgelegt, bei dem, wie unser Redner hervorhob, die Kriegs- und Verwundetenleistungen der Offiziere zu denen der Untergrade in einem schreienden Mißverhältnis stehen. Wir gütten den Offizieren ihre Pensionen, verlangen aber, daß die Untergrade nicht mit Betteleuten abgebelet werden. In der Kommission wurden von uns entsprechende Vorträge gestellt, aber nicht angenommen. Das Gesetz gegenüber dem bisherigen Zustande Verbesserungen bringt, stimmt ihm auch unsere Fraktion zu. Am 1. Juli d. J. trat es in Kraft. Die zu gewährenden Pensionszuschüsse kommen zur Anweisung, ohne daß es eines Antrages bedarf; diejenigen Kriegsinvaliden, deren jährliches Einkommeneinkommen nicht 600 M. betragen, können bei dem Reichsminister der Finanzen eine Zulage beantragen, sobald sie das 55. Lebensjahr vollendet haben, oder wenn sie vor diesem Zeitpunkt dauernd völlig erwerbsunfähig geworden sind.

Die Kriegsteilnehmer (Veteranen) gehen nach wie vor zum meißten ganz leer aus. Von den Unteroffizieren und Mannschaften des Meeres und Landes, die von 1870 bis 1871 an dem oder den von deutschen Staaten von 1870 geführten Kriegen teilgenommen, sind die allermeisten durch die erlittene Strapaze gesundheitlich geschädigt und dadurch erwerbsunfähig. Das Gesetz von 1895 kommt nur einem ganz kleinen Teile derselben zu gute, da nur so wenigen den Ehrenlohn von 120 M. jährlich steht, die vollständig erwerbsunfähig geworden sind. Nicht weniger als 13 672 völlig erwerbsunfähige Kriegsteilnehmer wurden wegen Mangels an Mitteln abgeschrieben. Derselbe wurde 1890 die Beschränkung des Gesetzes von 1895 aufgehoben, doch jährlich nicht mehr als 24 Millionen Mark in Pensionen von je 120 Mark verwendet werden dürfen. Erst jetzt, wenn die berechtigten Klassen nicht 1901 nachman an, daß noch etwa 2800 Mann bezugsberechtigt wären. Der Etatposten wies aber noch, daß 742 Mann in Frage kommen, und zwar in Bremen 6147, in Bayern 503, in Sachsen 77, in Württemberg 182, in Baden 50, in Hessen 6, in Mecklenburg-Schwerin 21 usw. In der Provinz Preußen sind 120 000 Mann unter Preußen 1195. Das gerade in Bremen eine so außerordentlich hohe Zahl in Betracht zu ziehen wird, nicht daher, daß viele preussische Verwaltungsbürokraten, Landräte und dergl. den Begriff Hilfsbedürftigkeit dort aufstakten, daß absolute Hilfsbedürftigkeit verlangt wurde, die Veteranen müßten schon nahe am Bettelstand sein, es mußte die 120 M. Pension durch einen Konteraktanten was das zu tun, und so sollte dem der formale Bauerndiener Müßler den Antrag, daß alle diejenigen Kriegsteilnehmer den Ehrenlohn erhalten sollen, deren Erwerbsfähigkeit infolge von Alter, Krankheit oder anderen Gebrechen dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist, so weit sie unterhaltungsbedürftig sind und auf die entsprechende Anweisung erhalten.“ Diese dem Anwaldengesetz entsprechende Bestimmung wurde auch am 11. Januar 1901 im Reichstago von allen Seiten gutgeheißen. In der Budgetkommission aber stimmte der Reichsfinanzminister ein solches Mißgeleit über die traurige Lage der Reichsinvaliden einschließlich des Reichs-Anwaltenfonds an. Das Gesetz wurde am 1. Juli 1901 in Kraft getreten. Es wurde nämlich die Zahl der noch vorhandenen Veteranen auf 600 000 Mann berechnet und geäußert, daß weitaus der größte Teil derselben so erwerbsunfähig geworden ist, daß er den Ehrenlohn von 120 M. jährlich erhalten müßte. Das würde jährlich, wenn alle 600 000 Anspruch erheben, 72 Millionen Mark fallen, und der Sparverordner würde den Reichstag um 10 Millionen Mark von seinem Kapital nehmen, da seine Zinsen nicht zur Deckung der Verpflichtungen ausreichen. Da nun im laufenden Etat die Ausgaben für die Kriegsteilnehmer von 4 980 000 M. auf 5 200 000 M. erhöht wurden, ferner noch 14 Millionen Mark durch die bessere Verorgung der Kriegsinvaliden hinzukommen, so wird ein Zuschuß von dem Kapital des Anwaltenfonds von 22 Millionen Mark jährlich erforderlich werden. Mehr zu tragen ist er nicht im Stande, auch bei dieser Belastung wird er sich in wenigen Jahren ausbreiten. Aus den laufenden Einnahmen für die Hilfsbedürftigen Kriegsteilnehmer Unterbringung zu gewähren, läßt der Militarismus nicht zu, der so alles Geld verhandelt, um durch den Verkauf der neuen Massen von Zuckeln geschaffen werden. Für die Vergrößerung des Meeres und der Flotte, wie der Ausrüstungen, für Kolonialunternehmungen thörichtester Art ist Geld da — und die Mehrheitsparteien bewilligen, was die Regierung fordert. Für eine auskömmliche Versorgung, ja überhaupt nur für eine Unterhaltung der bestehenden Verhältnisse ist kein Geld vorhanden!

„Brüder, nimm den Bettsack, Salbad bist Du gewalt“, wie es im alten Volksliede heißt. Graf Bodozowski hat zwar einmal im Reichstag erklärt, „er wolle nicht, daß die Kriegsteilnehmer der Armenpflege anheimfallen“, das waren aber leere Worte; in Wirklichkeit ist eine große Anzahl von Veteranen für ihre dem Vaterlande geleisteten Dienste damit belohnt, daß man ihnen das Vorkrecht entzieht, wenn sie, unterhaltungsbedürftig, sich ein Ansehen von den Gemeinen oben lassen müßten. Und so bleibt dem alles dem alten Geld; am 6. März 1901 wurde eine Resolution angenommen, den Antrag Müßler dem Reichstagsrat zur Anstellung weiterer Erhebungen zu übergeben und damit ist die Sache beendet.

Das Unfallversicherungsrecht für Beamte und Personen des Selbstverdienens soll ein Ziel zwischen dem Unfallversicherungs- und dem Pensionsgesetz ausfüllen. Das Beamtengesetz geht weitlich weiter als das für die Arbeiter geltende Unfallgesetz. Letzteres legt s. B. die Bausrenten nur bis zum vollendeten 15. Lebensjahr fest, dieses bis zum 18. Eine Bausrentenrente von 3000 M., wie sie das Unfallversicherungsrecht als Höchstbetrag festsetzt, würde nach dem geltenden Unfallversicherungsrecht für Arbeiter erst bei einem Einkommen von jährlich 42 000 M. ausbezahlt werden können! — Verschiedene Verbesserungsanträge, die wir stellten, wurden abgelehnt, a. B. daß der Pensionenfreis der Reichs-Justizverwaltung, des Reichsbeeres, und der kaiserlichen Marine seine Pensionen des Unfallversicherungsrechts in reichsgeldlich der Unfallversicherung unterliegenden Betrieben befristet sind, erhalten, wenn sie infolge eines im Dienste erlittenen Betriebsunfalls dauernd dienstunfähig werden, als Pension sechsundzwanzigprozentig Prozent ihres jährlichen Dienstverdienstes.

Wir hatten beantragt, auch einzuschließen: „Personen, welche im Meiche, Staats- und Kommunaldienst, sowie in Anstalten oder bei Verwaltungen zu religiösen, wohltätigen oder gemeinnützigen Zwecken, zu Zwecken der Kunst, der Wissenschaft, der Gesundheitspflege und der Lebensübung beschäftigt sind.“ Das wurde abgelehnt, eben im Antrag, daß die verunglückten Soldaten eine Rente erhalten sollen, wie sie sie als Zivilpersonen auf Grund des Berufsunfallgesetzes erhalten müßten, während der Gegenwart ihnen eine weit niedrigere Rente zufließt. Im ganzen war aber die Vorlage eine Verbesserung des Militär-Unfallversicherungsrechts von 1886, das auf unsere Vorschläge hin erlassen wurde, und eine Erweiterung desselben auf die bisher ausgeschlossenen Beamten, so daß wir für Annahme des Entwurfs stimmten.

Die Zeemansordnung.

Die Zeemansordnung und die mit ihr zusammenhängenden Gesetzentwürfe zum Aufhebe der Seeleute Verpflichtung der Seemannsvereine zur Mitnahme heimzuarückkehrender Seeleute, Seemannsvereine zur Seemannsvereine, Änderung seemannsvereiner Statuten des Seemannsvereins, die Seemannsvereine, die Seemannsvereine einer Kommission übergeben und dort bis zur Hälfte durchberaten worden. Als sie in der letzten Session wieder vorgelegt wurde, war von keinem der Mitglieder der Kommission Notiz genommen, sondern es kam nur ein unverständlicher Abdruck des alten Entwurfs. Bis zur Beratung des Reichstags wurde die Kommission gerade mit dem Entwurf fertig und konnte den Bericht zur Verteilung bringen, der nun im Winter zur Beratung gelangen wird. Da einige Beschlüsse der Kommission geeignet sind, das harte Los der Seeleute ein ganz klein wenig zu mildern, so ist dies Grund genug für die Meeres, in ihrer Presse bereits dauernd auszuwandern. Namentlich ist der unheimliche Gehalt der Seeleute, die von den Dividendenbefähigten aufgenommen bleiben soll. Neben der zahlreichen Verbesserungsanträge, der von unsern Kommissionsmitgliedern gestellt wurde, wußten die Vertreter der Meeresinteressen auf das allerjüngstjährige, aber ergebend eine Forderung der Disziplin, oder eine „Geheimhaltung der Antizität“ im Gefolge zu bringen! Bei den Meeresinteressen, die unter unserer Fraktion alles daran setzen, um noch die zu bringenden notwendigen Verbesserungen der Kommissionsbeschlüsse durchzuführen. In dem nächstjährigen Bericht wird dann auf die Einzelheiten des Gesetzes eingegangen werden. Hier sei nur jenes denkwürdige Schreiben der Seemannsvereine, das dem Reichstag am 18. September 1896 und ist von deren damaligen Vorsitzenden S. Ferdinand Kaezig unterzeichnet, der im Sommer 1900 verstorben ist und als großer „Menschen- und Arbeiterfreund“ von der Unternehmerrasse gefeiert wurde, ferner vom Direktor John Schmitt, der Seemannsvereine, die Seemannsvereine, die Seemannsvereine, von S. S. Westfeld, Senator in Bremen, Vorsitzender im Aufsichtsrat für Schiffsklassifikation — Germanischer Lloyd, ferner von Adolph Schiff in Gießen, jenem Redner, der 1898, als er die Nachfolge erhielt, daß eine seiner Schiffe untergegangen ist, telegraphierte: „Die Mannschaft ist leider getretet.“ Und so werden diese in Günden und von den Rednern Preuß und W. Maack in Potsdam.

Das Schreiben hatte folgenden Wortlaut: „Die Unfallversicherungsbeschlüssen haben meines Erachtens weniger einen direkten praktischen Zweck, als daß sie zur Deflation dienen, um den Hebräern und dem Publikum zu zeigen, wie gut die Seemannsvereine die Seemannsvereine alles geregelt hat, wie sie alles bedacht hat, für die Redner denkt und sorgt, ihnen die Mühe des eigenen Nachdenkens und die Verantwortung abnimmt und sie in jeder Weise bequemt. Von diesen Gesichtspunkten aus, meine ich, sollten wir jede auftauchende Frage durch eine richtige Unfallversicherungsbestimmung zu lösen trachten, je harmloser, desto besser. Mundus vult decipi! Die Welt will betrogen werden!“

Nicht minder schmerzliche Verwundung des Arbeiterrechtes ist untergeschrieben mit dem Vermerk „Eingevandern“ von jenen sieben oder genannten Personen!

Und solchen Leute ist das Wohl und Wehe der Seeleute anvertraut!

Urheberrecht und Verlagsrecht.

Die Gesetze über das Urheberrecht und Verlagsrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst wurden nach langen Beratungen, an denen sich unsere Fraktion eingehend beteiligte, vom Reichstage einstimmig angenommen, später auch vom Bundesrat. Die Beteiligten im wesentlichen einige veraltete Bestimmungen. Erregungen, die von mehreren seit der jüngsten wirklich Fortschrittliches zu schaffen, wurden abgelehnt. So die Schriftsteller selbst wird es nunmehr sein, sich wie die anderen Arbeiter zusammenzuschließen, um durch ihre Organisation der Kapitalübermacht der Verleger entgegenzutreten zu können. Anknüpfend an dieses Gesetz wurde gegenüber dem Reichstag und dem Bundesrat ein Antrag der Sozialdemokratischen Partei eine Resolution angenommen, daß dem Reichstag baldmöglichst ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, der den § 7 der Strafprozessordnung in der Weise abändert, daß zur Verfolgung der von einem Redakteur oder Herausgeber einer Druckerei durch deren Inhalt bezugene strafbare Handlung ausschließlich der Bericht als zulässig erklärt wird, in dessen Bericht die Druckfehler herausgegeben wird.“

Vericherungsgesetz.

Das Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen wurde von uns angenommen, obwohl es nur die Staatsausfuhr für die Versicherungen bringt, während wir die Verstaatlichung fordern. Nach dem Wortlaut des Gesetzentwurfs läßt es sich als auf die Gewerkschaften, die Arbeiter-Unternehmungen auszuheben, unter dieses Gesetz und damit unter Staatsausfuhr gestellt werden könnten. Der Regierungsvertreter erklärte jedoch, daß gewerkschaftliche wie andere Organisationen, welche sich auf dem Gebiet des Unterhaltungsweises betätigen, unter keinen Umständen unter das Gesetz fallen würden, son-

den daß nur Versicherungsvereinigungen in Frage kommen. Das Kammergericht hat durch eine Entscheidung vom 9. Mai 1892, das Oberverwaltungsgericht am 19. November 1888 und 3. Januar 1889 ausgesprochen, daß eine Versicherung sich dadurch kennzeichnet, daß sie nicht bloß Unternehmungen in Aussicht stellt, sondern jedem einzelnen Mitgliede einen Rechtsanspruch einräumt. Demgemäß ist auf unsern Antrag nun in das Gesetz die Bestimmung aufgenommen worden: Als Versicherungsunternehmungen im Sinne dieses Gesetzes sind solche Vereinigungen nicht anzusehen, die ihren Mitgliedern Unternehmung gewähren, ohne ihnen einen Rechtsanspruch einzuräumen."

Wingeeetz.

Das Wingeeetz, das nach langen, oft stürmischen Kommissions-Sitzungen schließlich einstimmig angenommen wurde, macht abermals den Versuch, eine Grenze zwischen erlaubter und unzulässiger Extraktion der Weine zu ziehen. Da nur der kleinere Teil der deutschen Weinberge im Jahre in guten Jahren ein Produkt liefert, das aus ungezuckerter nicht zu saurer ist, muß im Interesse der Bürger wie des Publikums die Zuckeringabe zugelassen werden — bis wie weit, läßt sich nicht durch die Schöpfung eines Gesetzes regeln. Die gewerbsmäßige Verteilung der bisher unter Privation zulässigen Wein-, Sekt- und Schaumweine wurde verboten. Das Gesetz führt die strengere Kontrolle bei den Produzenten und Händlern ein. Das Sie von Beamten, die hierzu vorgebildet sind und nicht etwa dem ersten besten Polizisten ausgesetzt wird, wurde namentlich von unserer Seite nachdrücklich verlangt. Der Reichstag nahm einstimmig eine Resolution an, daß ihm baldmöglichst ein Gesetzentwurf vorgelegt werden möge, der die Extraktion des Weines mit Nahrungsmitteln und Genussmitteln auf Grund der bestehenden Weingesetze nach einheitlichen Grundsätzen und durch Anstellung besonderer Beamter hierin regelt."

Schaumweingeeetz.

Um die durch die Schaumweinproduktion vergrößerte Finanznot des Reiches zu bannen, wurde dem Reichstage ein Gesetz zur Besteuerung des Schaumweines vorgelegt, dem wir entgegenzutreten, da wir für Zwecke des Militarismus kein Geld bewilligen, außerdem aber an Stelle solcher schließlich aus weniger bemittelten Kreise treffenden sogenannter Verschönerungen eine direkte Besteuerung der Wohlhabenden und Verschönerungen. Die Kommissionsberatungen des Gesetzes sind noch nicht beendet.

Zöllosteigesetz.

Das Zöllosteigesetz, das auf Vertheil der Zuckerindustrie vorgelegt wurde, verleiht, daß vor 3 Jahren bestanden ist, sofern, als es den Verkauf des künstlichen Zuckers einschränkt, die Verwendung zur Verfertigung gewerblicher Produkte gänzlich verbietet und ihn außerdem mit einer Steuer von 60 Mk. belegen will. Die Weinger und Attendanten der Zuckerfabriken fürchten, daß die künstlichen Zuckersorten, die den natürlichen Zucker ersetzen, die Konkurrenz des natürlichen Zuckers nicht nur durch die Vertheilung der Zuckerindustrie erhöhten, einschränken könnte. Schon aus diesem Grunde erklärte ich meine Fraktion gegen das Gesetz, außerdem aber deshalb, weil es das grade von der ärmeren Bevölkerung zum Säuen der Speise und Getränke wie ein Gewürz benutzte Saccharin u. dergl. außerordentlich verteuern müßte. Meine Vorstellungen der Kommissionsbeiräte haben noch nicht begonnen.

Branntweinsteuergesetz.

Das Branntweinsteuergesetz sollte der angehenden Notlage der Brennereibeitzer ein Ende machen; in Wirklichkeit hätte es die ärmere Bevölkerung noch mehr gequält als dies schon jetzt durch das bestehende Branntweinsteuergesetz geschieht. Dieses besetzt die Branntweinsteuer, die in die Steuern schließlich beizahlen, mit jährlich 128 Millionen Mark, die in die Staatskasse fließen, außerdem aber noch mit der sogenannten Verbrauchssteuer in Höhe von 43 1/2 Millionen Mark jährlich, die den Brennereibeitzern zu gute kommt und zwar dergest, daß die 8000 Brennereien den Hauptanteil erhalten, nämlich etwa 3000 Brennereien an 40 Millionen Mark und die 11 300 übrigen Brennereien nur 3 Millionen Mark. Die Verbrauchssteuer entfällt dadurch, daß die Brennereibeitzer, die jedes Jahr 100 Liter Branntwein für sich oder für ihre Gattungen (kontingentierten) Produktionsmenge erntet, 20 Mk. mehr Steuer vergütet erhält als er Steuer zur dastelle abgibt, mehr kontingentierten Spiritus werden 70 Mk. Steuer in Anrechnung gebracht, während nur 50 Mk. pro Gallon gezahlt werden. Im ganzen ist demnach jeder Gallon Spiritus mit 10 Mk. besteuerter (70 Mk. Verbrauchsabgabe und 10 Mk. Verbrauchssteuer) mit 80 Mk. Steuer Branntwein um etwa 28 Pf., während er bis 1887 nur 5 Pf. besteuerter war.

Da die größeren Brennereien sich zu einem Ring, der Zentrale für Spiritusverwertung, vereinigt haben, welche die Spiritusvertheilung wesentlich in die Hand trieb, ist die Produktion von Spiritus sehr gering, so daß die Brennereien, das Heberangebot an Ware wurde einen Preisrückgang erlitten. Um diesen zu verhindern, haben sie sich einen künstlichen Monopolsatz, den das Reichshandelsamt als Gegenentwurf dem Reichstage vorlegte. Danach sollte eine Straffsteuer für die geringeren Brennereien eingeführt werden, welche mehr als eine festgesetzte Menge Spiritus erzeugen und diese nicht zu Brennereibeitzern denaturieren. Dadurch soll die Konkurrenz auf den Brennereibeitzern hingerichtet werden, was einen Preisrückgang derselben zur Folge hätte und im Interesse der Arbeiter läge. Aber diese sollen die Preisrückgänge dadurch wieder bezahlen, daß der Trinkbrenntwein im Preise erhöht wird. Deshalb erließ unser Redner gegen diese Vorgeschlagene, zumal er sämtliche Brennereien annimmt, sich jenen Spiritus zu verkaufen, der schon jetzt drei Viertel der Brennereibeitzer, und die Preise willkürlich diktiert. Sobald der Ring erste jede Konkurrenz die Macht besitzt, wird er die Preise grenzenlos steigern können.

Die Kommissionsberatungen über diese Vorschläge hatten begonnen, als der Reichstag durch seinen Zersplitterung dem Reichstage ein Gesetz zur Besteuerung des Branntweines am 30. September abließ, nach dem der Spirituskonsumt einstimmig an, es solle ein Notgesetz vorgelegt werden, das das bestehende Gesetz auf ein Jahr verlängert, die Umänderung desselben solle in der kommenden Session zur Beratung gelangen.

Die nimmermüden Karrieren, deren Vertreter im Senatskonvent zugestimmt hatten, misgründeten jedoch ihre Macht in der Kommission und beschloßen, zwar den Verwertungsweg vorläufig fallen zu lassen, die Brennereibeitzer aber um die Hälfte zu erhöhen. Der Antrag derselben dient zu Vergütungen für prozessirte oder denaturierten Spiritus, kommt also den Brennereibeitzern zu gute, nicht aber dem Publikum im Branntweinpreise mitgeteilt werden.

Unsere Fraktion erklärte, daß sie alle parlamentarisch zulässigen Mittel gegen solche gierige Geheulpolitik in Bewegung ziehen werde. Am Reichstag gelang es noch bei der zweiten Lesung den Schnapsinteressen, ihre Wünsche durchzuführen. Das aber die Weinger, die sich nicht heben oder ein nächsten Tage stattfinden konnte, veränderte bereits wieder. Erst am Mittwoch, den 14. für den die Beratung festgesetzt war, kam es zur dritten Lesung und diese wurde durch unsere Vertreter mittels Dauerreden und namentlicher Abkündigungen zu hinlangeln, daß, trotzdem der Präsident die Sitzung bereits um 9 Uhr hätte beenden lassen, bis zur Mittagspause nicht mehr eine beschließende Anzahl von Mitgliedern anwesend war, sondern nur 108, da unsere Fraktion mit den Mitgliedern der freisinnigen Volkspartei den Saal verließen. Infolgedessen mußte die Beratung sofort abgebrochen werden und nun verlas der Reichstanzler die förmliche Beschlüsse, durch die der Reichstag bis zum 26. November vertagt ist.

So hat der erste Abschnitt der Session damit geendet, daß

die junkerliche Pöbeln einen empfindlichen Dentschel bekam und nicht zum Ziele gelangte. Bei der Beratung der Handelsverträge wird unsere Fraktion nicht ermangeln, ebenso energisch die agrarische Annäherung zu bekämpfen.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 30. Juni 1901.

Die Petitionslisten gegen den Brotwucher

werden in den nächsten Tagen noch öffentlich zur Auslegung gelangen. Genosse Kleinow als Vertrauensmann unserer Partei wird bereits morgen die Ausstellungen besichtigen und es ist somit allen jenen, welche die der Unterchriften-Sammlung von Haus zu Haus nicht angetroffen wurden oder zwar irgend einen anderen Umstand noch nicht zur Begabe ihrer Unterchrift gekommen sind, Gelegenheit hierzu gegeben. Die nimmer erholte Verfestigung der städtischen Auswanderung des konjugierten Volkes muß selbst denjenigen die Augen öffnen, welche in fröhlicher Nachlässigkeit sich der eminenten Gefahr verschließen, welche insbesondere der Arbeiterklasse durch diesen Zollkrieg droht. Ein Petitionssturm muß sich erheben, wie ihn Deutschland noch nicht gesehen hat, kein Familienrat, kein Haushaltungsrath darf mit seiner Unterchrift fehlen. Denke niemand, es komme auf einige Unterchriften nicht an. Im Kampfe gegen die Brotwucherpläne muß auch das letzte Glied antreten. Es muß der Regierung durch tausend und abertausend Unterchriften bewiesen werden, daß das Volk sich nicht fühllosig auspowern läßt zu gunsten einiger tausend Großgrundbesitzer. Die Antwort auf den Zollkrieg muß die Unterchrift der Antibrötowucher-Petition sein.

Der Sozialdemokratische Verein

hält am Donnerstag eine Mitglieder-Versammlung ab, in welcher nach einem Vortrage des Gen. Schreyer die Höhe und ihre Bedeutung, die mannigfachen Erfahrungen bei dem Sammeln von Unterchriften für unsere Petition in der Diskussion ansgesprochen werden. (Siehe Anzeiger.)

Der Parteigenosse König

in Trotha ist am Samstagabend nach längerem Leiden gestorben. König war Soldat und hat sowohl während der Zeit des Sozialistengesetzes als auch in neuerer Zeit treu zur Partei gehalten. Besonders, als die Stimme des Ausnahmegesetzes an sich selbst tobt, hat König als einziger kein Vokal zu Versammlungen zur Verfügung gestellt und den älteren Genossen ist heute noch in Erinnerung, wie sie einstmals mit einer Zusammenkunft der Thür nach Königs Vokal wanderten, da eine Versammlung deswegen verboten wurde, weil die Thür nach innen aufging. Die herbeigeschaffte Thür wurde außen aufgehängt und die Versammlung fand statt. Alle Parteigenossen, welche König kannten, werden den ehrlichen, ruhigen Sinn des Verstorbenen zu schätzen wissen und sein Andenken in Ehren halten. Die Beerdigung findet morgen, Mittwoch, nachmittags 4 Uhr in Trotha statt. Die Parteigenossen, welchen es die Zeit erlaubt, werden höfentlich nicht verjümen, dem Wärdigen die letzte Ehre zu erweisen.

Zum Kaiserbesuch

haben die verschiedenen Kommissionen folgendes Programm festgelegt, das wir nach der Saale-Zeitung wiedergeben. Am 4/12 Uhr soll die Ankunft des Kaiserpaars auf dem Hauptbahnhof erfolgen, wo der Kaiser von Ehrenjungfrauen, die aus der Familie der Wittgensteins der höchsten Würdigen ge währt werden, ein Blumenkranz überreicht wird. Anschließend Weinempfangen werden am Denkmal bei Entgegennahme des Ehrentrunkes am Rathause der Kaiserin dargebracht. Am Denkmal wird Herr Oberbürgermeister Staudt nach einer kurzen Ansprache die Genehmigung des Kaiserpaars zur Entlassung nachsuchen. Nachdem dann der Gesang des „Halleluja!“ von Hundert von mehreren hundert Sängern unter Leitung des königl. Universitäts-Musikdirektors Professor Keubke verklingen ist, erfolgt die Weiterfahrt des Kaiserpaars auf dem bekannten Wege am östlichen Friedhof. Die Tribüne am Kaiser-Denkmal wird für 3000 Personen eingerichtet, wovon 1000 Plätze für die städtischen Körperchaften, die Spitzen der Behörden und die mit Einladungen Bedachten reservirt bleiben, während 2000 Plätze gegen Entgelt vergeben werden sollen. Auf dem Hallmarkte findet die Begrüßung durch die Schuljugend und Halloren statt. Von hier begibt sich das Kaiserpaar durch die Thalanstraße an der linken Seite des Hauptmarktplatzes entlang nach dem alten Rathause, wo unter einem Baldachin durch eine Dame dem Kaiser der Ehrentrunk überreicht wird. Der Weg durch die Königstraße ist hauptsächlich deshalb gewählt, weil die Königstraße in einer Blick auf die städtischen Festungen zu ermöglichen. — Die Aufsicht zum Bahnhof ist auf 7 Uhr angesetzt. Am Bahnhof wird dem Kaiser ein zu diesem Zweck angefertigtes „Goldenes Buch“ zur Entgegennahme vorgelegt. Die Veranschaulichung dieses jetzt in vielen Städten gebräuchlich gewordenen Buches, das nach Hilfsleistungen und sonstigen Verionen von Ansehen vorzulegen pflegt, hatte der hiesige Kunst-Gewerbeverein übernommen. In dem von dieser Seite veranfaßten Preisanschreiben erhielt Herr Architekt Römman den ersten Preis. — Zur Ausschmückung sei noch unser Hinweis auf unsere mehrfachen Berichte ergänzend bemerkt, daß die Dekoration des Bahnhofsvorplatzes die Eisenbahnverwaltung ausführen lassen wird. An der Deligierstraße wird, zwischen zwei Plätzen angebracht, auf der Vorderseite das Wort „Willkommen“, auf der Rückseite ein „Auf Wiedersehen“ prangen. (It das nicht etwas trivial? bemerkt dazu die Saale-Zeitung.) Am Triumphbogen am Hauptplatze wird eine Girade errichtet, von der aus Feuerentwürfe das Kaiserpaar begrüßen werden. Die dem Kaiserzug folgende Kaiserin-Gesellschaft bestimmt die Mitglieder der Gesellschaft. Die Führung des Zuges ist der hiesigen Volksgenossen übertragen, wie auch sonst zur Aufrechterhaltung der Ordnung ca. 100 auswärtige Polizeibeamte zur Unterstützung der hiesigen Sicherheitsmannschaften herangezogen werden.

Endlich!

Der Luftverwehung in Krösow soll nun endlich geneuert werden. Das Magistratsorgan teilt mit, daß jetzt durch sachverständige Gutachten mit Sicherheit festgestellt ist, daß die Luftverwehung durch ein von der Krösower Papierfabrik ohne Genehmigung nach und nach eingerichtete Verfahren zur Herstellung von Cellulose mittels Schwefelwasserstoff verursacht wird. Der Direction genannter Gesellschaft wurde am Montag aufgefordert, das Verfahren innerhalb drei Tagen einzustellen, widrigenfalls die zwangsweise Inbetriebnahme des Betriebs sowie Strafbefehl bei der Staatsanwaltschaft erfolgt. Der Fabrik ist im Jahre 1882 die Verfertigung der Cellulose mittels Soda genehmigt, welches keine Verfestigung des Publikums mit sich bringt.

Bräuchten die Sachverständigen so lange, um diese Entdeckung zu machen, denn thätiglich fragt man über die Luftverwehung

nicht erst seit Wochen, sondern seit Monaten? Die einfachste Maßnahme auf die übrige Bevölkerung hätte die Krösower Papierfabrik schon von selbst zur Vermeidung dieser öffentlichen Plage beanstanden müssen. Aber freilich, was fragt die Industrie nach ihren Opfern. Die Athmosphäre haben ihre 18 Brog, und den Gestank brauchen sie nicht selbst einzuatmen, wenigstens können sie sich in entsprechender Schutzweise halten. Dieses Vergnügen hatten bisher nur die Nichtaktionäre.

Der Militär-Vorstoß

tobt trotz des Abganges des Herrn v. Rente gen. Ant ruhig weiter. Wir bringen die Zulassung zu Aus und Fremden aller Petitionisten zum Ausdruck. Sie stimmt zwar nicht ganz, allein darin teilt sie das Gefühl ihrer Vorgänger. So sind, um nur einige wenige Beispiele herauszugreifen, die konfessionellen Gattungsverhältnisse in Dolau und Lettin wieder in das reichs-freundliche, militärische Lager übergegangen, Genosse Bauer hat seine Vorposten und Stützpunkte übergeben, in der Fritz Reuterstraße schon längst aufgegeben, gleichwohl zieht sie auch ferner die schmale Spitze des Festlandes zweierlei Art. Wir sind auch überzeugt, daß dies nicht die einzigen Unrichtigkeiten sind, in dessen mögen die Interessierten die Berichtigungen vornehmen.

1. Zur Terrafie, M. Stetsfal, Willingerweg 23.
2. Zur Volksschule, Schumann, Beienstraße 23.
3. Restaurant von Cleome Schaller, Bergstr. 4.
4. Engländer Hof, Wirth, Or. Berlin 14.
5. Grünmangengasse Peters, Altmühlstraße 27.
6. Restaurant von Hermann, Beienstraße 3.
7. Zur Hohen Gasse, G. Hermann, Bruchbergstr. 8.
8. Restaurant von Mittelmann, Bürgenhausstr. 1.
9. Gastwirtschaft Janke, Dehnerstraße 4.
10. Restaurant Heine, Heinestraße 45.
11. Stadt Einbe, Lehmann, Brandstraße 18.
12. Vorhof und Fischhändler-Handlung, A. Bauer, Fritz Reuterstraße 1.
13. Restaurant von Paulmann, Gartenstraße 7.
14. Jagarengasse Groß, Geißstraße 7.
15. Zum weißen Wolf, Große, Geißstraße 5.
16. Zur Weintraube, Ernst Tschepke, Geißstr. 58.
17. Restaurant Herrn, Berntlein, Goethestraße 3.
18. Restaurant von Wilhelm, Große, Geißstraße 2.
19. Goldenes Hof, W. Fuchs, Geißstraße 13.
20. Zur Salzwelle, W. Fuchs, Geißstraße 13.
21. Neue Gartenlaube, Joh. Janien, Gabelbergstr. 48.
22. Zur Kottstraße, Schellenbeck, Hars 27.
23. Wörzburg, Wörz, Hars 51.
24. Restaurant von Karl Hilbert, Herrenstraße 19.
25. Zur Hohen Gasse, G. Hermann, Bruchbergstr. 8.
26. Restaurant von Karl Herb, Nafaburgstr. 23.
27. Restaurant von M. Weibiger, Nafaburgstr. 38.
28. Konershausen, Mühe, Karlsruher 11.
29. Restaurant von Clara Schmidt, Or. Klausstr. 22.
30. Hallsche (Glauchhaisches Schützenhaus), Wittte Otto, Vertheilungstr. 1.
31. Goldenes Hof, Tardorf, Leinigerstraße 63.
32. Becklers Berg, Fritz Sodie, Viehauerstr. 4.
33. Zum Bürgergarten, Schmederberg, Viehauerstr. 157.
34. Tafel u. Jagarengasse d. M. Albrecht, Ulfenstr. 53.
35. Bellevue, Dehner, Lindenstraße 78.
36. Restaurant von W. Schindler, Ludwig Buchererstr. 7.
37. Bierbergstraße Friedrich, Ludwig Buchererstr. 59.
38. Restaurant von Marie, Or. Märkerstraße 11.
39. Zur gold. Kette, Franz Mühe, Alter Markt 11.
40. Restaurant von Friedr. Mansfelderstraße 11.
41. Zur Erholung, Kausch, Martinsberg 6.
42. Zum letzten Dreier, Witz, Hinge, Wertheburgerstr. 29.
43. Restaurant von Boigt, Wertheburgerstr. 51.
44. Thüringer Schloß, Erber, Wertheburgerstr. 148.
45. Zum schwarzen Mann, G. Rönne, Wertheburgerstr. 150.
46. Restaurant von Julie Brand, Mittelstraße 7.
47. Zum Sport, Fr. Franzen, Wörzburgstr. 6.
48. Restaurant von Meinh. Schulze, Wörzburgstr. 4.
49. Restaurant von Hugo Weibiger, Heideburgerstr. 2.
50. Jagarengasse, Herr, Hars 51.
51. Jagarengasse, Herr, Hars 51.
52. Zum Hater, B. Heide, Scharenstraße 2.
53. Restaurant von Dardig, Spitze 15.
54. Restaurant von Spar, Thorstraße 21.
55. Restaurant zur Blume, Witz, Thorstraße 29.
56. Restaurant von S. Rümmer, Thorstraße 37.
57. Nordhölzchen, Himm, Hars 134.
58. Neues Theater, G. Göl, Or. Ulfenstraße 3.
59. In der drei Königen, Streicher, M. Weibigerstr. 36.
60. Restaurant von Wilhelm Leuchte, Wörzburgstr. 98.
61. Jagarengasse, Geling, Harsgärtenstraße 14.
62. Restaurant von Brand, Bruchbergstr. 17.

Halle a. S.

1. Lindenhof, Mutterlohe, Bruchbergstr. 6.
2. Burgtheater, M. Schmidt, Nafaburgstr. 13.
3. Gastwirtschaft Emma, Schmelzerstraße 36.
4. Gastwirtschaft Otto, Hars, Nafaburgstr. 1.
5. Wilhelmshöhe, Alvin Weg, Burgstraße 53.

1. Zum Heilighausen, Böhm, Palmhofstraße 1.
2. Hoards Restaurant (Sachsenburg), Gustav Ehrhardt Trothastraße 2.

In Wölberg.

1. Nägerheim, Rabenmühl.
2. Viktualienmarkt, Heinrich Döller, Nr. 20.

In Blau.

1. Gasthof zur Delauer Wäde, Wangrod.
1. Gasthaus, Paul Gans.

In Lettin.

1. Erholung, Witte, Rabenmühl.
1. Gasthof zum Schwan, Witte Emilie Otto.

In Nietleben.

1. Webers Gesellschaftsbaus, Maul.
1. Zur Gasse.

In Rabenmühl.

Der Birtus Jansin, welcher seit einigen Tagen auf dem Wöplah Vorstellungen giebt, erweist sich eines zahlreichen Besuches, da die Eintrittspreise so niedrig gestellt sind — 2. Platz 10 Pf. —, daß schon drei Kinder von dieser günstigen Gelegenheit Gebrauch machen. Erleichtert wird dieser Massenbesuch auch noch durch das Fehlen jedweder Wöplahpläne, so daß die Arena völlig frei liegt und man auch in einiger Entfernung noch der Vorstellung „betwöhnen“ kann. Besonders ist die Liebeshand des Birtus in Folge mehrfacher Unglücksfälle stark desmiert, so daß sich die Vorstellungen in dem einfachsten Rahmen bewegen; man muß bei der Würdigung der einzelnen Leistungen den guten Willen für die That nehmen, dann kommt man schließlich auch auf seine Rechnung, die man analog dem Eintrittspreise nicht so hoch zu stellen braucht.

Wersberg. Maßregelung. Als am Donnerstag früh die Arbeiter am Kanal zur Arbeit antraten, wurden 7 davon nicht wieder zugelassen, sondern sofort entlassen. Als Grund dazu wurde angegeben, daß dieselben die am Dienstag stattgehabte Versammlung, welche sich mit den Wöplahen in besagtem Kanalbau beschäftigte, besucht hätten. Da nun in besagter Versammlung an 200 Besucher anwesend waren, darunter auch ein ziemlicher Teil der am Kanalbau beschäftigten Italiener, so mußte diese Entlassung wohl als eine Maßregelung der

